



### Emami bedauert Entscheidung im Bundestag

#### Eine Chance vertan

Zur heutigen Entscheidung des Bundestages, die doppelte Widerspruchslösung bezüglich der Organspende in Deutschland nicht einzuführen, sagt Dr. Pedram Emami, MBA, Präsident der Ärztekammer Hamburg: „Ich bedaure sehr, dass die Mitglieder des Deutschen Bundestages sich nicht dazu durchringen konnten, die doppelte Widerspruchslösung einzuführen. Sie haben damit die Chance vertan, einen wichtigen Baustein zur Erhöhung der Spenderzahlen auf europäisches Niveau gesetzlich zu zementieren.“ Emami sieht das Selbstbestimmungsrecht des Menschen durch die Widerspruchslösung nicht in Gefahr. „Ein einfaches „Nein“ ohne Begründung hätte ausgereicht, um zu widersprechen“, sagt Emami weiter. „Die Entscheidungslösung und viele Anstrengungen zur Aufklärung der Menschen haben leider nicht dafür gesorgt, dass mehr Menschen ihren Willen dokumentieren. Sowohl Ärztinnen und Ärzte als auch die Angehörigen stehen deshalb viel zu oft vor der hochgradig belastenden Situation, eine Entscheidung treffen zu müssen, die im Sinne der Selbstbestimmung eigentlich zu Lebzeiten hätte gefällt werden müssen.“

Grundsätzlich gibt es eine hohe Zustimmungquote von 80 Prozent zur Organspende innerhalb der Bevölkerung in Deutschland. Im europäischen Ausland zeigt sich, dass eine Kombination aus doppelter Widerspruchslösung, Aufstockung monetärer Ressourcen sowie einer unabhängigen, zeitlich gut ausgestatteten Position der Transplantationsbeauftragten deutlich höhere Spenderzahlen zur Folge hatte. In Hamburg hat der Senat bereits 2018 mit dem Hamburger Transplantationsgesetz für deutliche strukturelle Verbesserungen gesorgt. Aber weitere Anstrengungen sind nun vonnöten.

Emami fordert die Politik im Sinne der über 9.000 Menschen, die auf der Warteliste für ein Spenderorgan stehen und von denen jährlich etwa 1.000 versterben, auf, angesichts der strukturellen Defizite in den Entnahmekliniken zügig dafür Sorge zu tragen, dass sich bundesweit die Abläufe in den Kliniken weiter verbessern, mehr Geld im System zur Verfügung gestellt und das Personal besser geschult wird sowie die Transplantationsbeauftragten für ihre Tätigkeit freigestellt und besser bezahlt werden. „Die Spenderzahlen der kommenden Jahre werden Beleg dafür sein, wie gut die Umsetzung tatsächlich auch ohne Widerspruchslösung gelingt“, meint Emami.

**Pressestelle  
der Hamburger Ärzteschaft**

**Telefon 040/ 20 22 99 200**

Fax 040/ 20 22 99 400

presse@aekeh.de

---

**Pressestelle der Ärztekammer Hamburg**

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Nicola Timpe / 16. Januar 2020